bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 21 | 12. Oktober 2006

Rechte Szene 2

Braune Nostalgiker
Neonazis wollen in Nürnberg gegen die Verurteilung der NS-Hauptkriegsverbrecher vor 60 Jahren demonstrieren.

Bremens Retter
In der Hansestadt will ein Wählerbündnis mit Joachim Siegerist, Heiner Kappel, Bernd Rabehl und anderen gegen DVU und NPD antreten.

Geschichtsklitterer
Historiker mit Faible für den Hitler-Stellvertreter Heß wird NPD-Mitarbeiter in Dresden.

Clubfete mit Hitler-Gruß
Braune Kneipe feiert zehnjähriges Bestehen.

„Fremdbestimmung"
Neonazis rechnen mit der „Feindpresse" ab.

Vernetzte Strukturen
Aktive Neonaziszene im Nordwesten Niedersachsens.

Verfassungsschutz 6

Drastischer Zuwachs
In Sachsen-Anhalt sind die rechtsextremen Delikte im ersten Halbjahr 2006 angestiegen.

Prozesse 7

„Künstlerische Freiheit"
Das Liedgut von angeblich unpolitischen Hip-Hoppern ist gespickt mit antisemitischen und Menschen verachtenden Textpassagen.

Ausland 8

Das deutsche Österreich
Neonazis begrüßen das Comeback der FPÖ bei der Nationalratswahl.

Vormarsch der Rechtsextremen
Die Schwedendemokraten haben auf kommunaler Ebene ihre Wahlergebnisse vervierfacht.

Rezension 9

Verbrecherische Handlungen
Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen im Jahr 1939 war der Auftakt zum Vernichtungskrieg.

„Nichts gewusst!"
Das Ausmaß und die Formen der Judenverfolgung im Dritten Reich waren breiten Bevölkerungskreisen bekannt – deren Einstellung dazu war aber überwiegend Passivität.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Fluchtweg verriegelt
Am 1. Oktober vor 55 Jahren wurde ein Ausreiseverbot für die deutschen Juden erlassen – von da an ging es nur noch in die Vernichtungslager.

Meldungen 12

Rechte Szene

Braune Nostalgiker

Neonazis wollen in Nürnberg gegen die Verurteilung der NS-Hauptkriegsverbrecher vor 60 Jahren demonstrieren.

Im fränkischen Wunsiedel zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aufzumarschieren, das blieb der Neonaziszene auch in diesem Jahr versagt. „Wie geplant sicher durchgeführt", so jedenfalls teilte Organisator Christian Malcoci mit, wird aber eine Demonstration in Nürnberg am 14. Oktober, die dem Bedürfnis von Neonazis nach Glorifizierung von NSDAP-Größen nicht minder entgegenkommen dürfte. Unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse" will die Szene durch die Straßen der Franken-Metropole ziehen. In diesen Tagen jährt sich zum 60. Mal der Urteilsspruch gegen die Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militär-Gerichtshof (bnr 20/06).

Bereits seit Juli rührt Malcoci die Werbetrommel für die Veranstaltung, nach seinen Worten eine „zentrale Demonstration freier Kräfte, unterstützt von der NPD". Auch in Neonazi-Kreisen war damit gerechnet worden, dass die Demo gar nicht würde stattfinden können. Er halte es „für relativ wahrscheinlich, dass die Demonstration verboten wird und das Verbot auch vor den Gerichten Bestand behält", schrieb Ende Juli Christian Worch mit Blick auf die Wunsiedel-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Doch Malcoci hat mit seiner Strategie, möglichst viel Kreide zu fressen, offenbar Erfolg. „Unsere Demonstration am 14. Oktober in Nürnberg soll keinerlei Werturteile über die Angeklagten oder das Deutsche Reich abgeben", wird in dem Aufruf treuherzig versichert. „Es geht uns einzig und allein darum, öffentlich darzustellen und daran zu erinnern, dass das Internationale Militärtribunal nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprach und die Hinrichtungen durch Erhängen eher den Gedanken der Rache als des Rechts nahelegen."

Ein Verbot sei umfassend geprüft worden, teilte die Stadt mit. Gründe, die auch vor den Gerichten Bestand haben könnten, seien aber nicht gefunden worden, hieß es aus dem Rathaus. Einschlägige Verurteilungen oder Erkenntnisse über den Anmelder Malcoci lägen so weit zurück, dass sich ein Veranstaltungsverbot darauf nicht mehr stützen lasse, erklärte Stadtrechtsdirektor Hartmut Frommer.

Tatsächlich mischt der 43-jährige Schriftsetzer aus Grevenbroich seit Anfang der 80er Jahre in der bundesdeutschen Neonaziszene mit, zunächst als Führungskader der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), Mitte der 80er Jahre dann als Leiter des „Referats Sicherheit" beim „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers". Sein Faible für den „Führer" brachte er auch zum Ausdruck, als er am 20. April 1989 zu einer Gruppe gehörte, die das Essener dpa-Büro besetzte und dort ein Transparent mit der Aufschrift „Adolf Hitler – 100 Jahre; sein Kampf – unser Auftrag" hisste. Zeitweilig war er Funktionär der FAP und Mitbegründer der Nationalen Offensive (NO), die beide verboten wurden. Anfang der 90er Jahre fungierte er als stellvertretender Vorsitzender der HNG. Im Prozess wegen der Fortführung der verbotenen ANS/NA kam er mit einer 18-monatigen Bewährungsstrafe davon, nachdem er sich zur „verfassungsmäßigen Ordnung" bekannt hatte. Viel wert war dieses Bekenntnis nicht – außer dass es ihm eine Haftstrafe ersparte. In NRW gilt er als führender Kader jenes Teils der parteifreien Neonazis, der sich auf eine Zusammenarbeit mit der NPD orientiert, für die er bei der Landtagswahl 2005 kandidierte. Bereits seit Ende der 80er Jahre pflegt er eine enge Zusammenarbeit mit niederländischen Neonazis: Bei der Nederlandse Volks-Unie (NVU) fungiert er als Parteisekretär.

Unumstritten ist der Nürnberger Aufmarsch in der Neonazi-Szene nicht. Zu rückwärts gewandt erscheint vielen die Veranstaltung. „Diese Demos sind Kämpfe gegen Windmühlen und die bringen uns momentan überhaupt nicht weiter. Wir müssen vorwärts denken", schreibt ein „Dr. Juergen-N. Klein" auf der Internetseite „Altermedia". Und ein anderer meint: Das seien genau die Themen, mit denen „die alte Rechte sich seit 1945 beschäftigt hat und daher nicht aus den Pötten kam". Er empfiehlt Aufmärsche zu aktuellen Themen: „Aber wahrscheinlich würden daran zu wenige von den Bespaßungsfaschos teilnehmen, die lieber in Bomberjacke oder Ledermantel ihren oberflächlichen NS-Fetisch befriedigen."

Tomas Sager

Bremens Retter

In der Hansestadt will ein Wählerbündnis mit Joachim Siegerist, Heiner Kappel, Bernd Rabehl und anderen gegen DVU und NPD antreten.

Es sind sehr zweifelhafte Retter, die da angetreten sind, um die Hansestadt Bremen bei der Landtagswahl im Mai 2007 vor dem „braunen Lumpenpack“ zu bewahren: Joachim Siegerist, Heiner Kappel, Ronald Gläser, Bernd-Thomas Ramb sowie Bernd Rabehl und andere. Ihr Wählerbündnis nennt sich einfach „Bremen muss leben“ und das Ziel ist „Nicht mehr SPD oder Neumann-CDU ... aber auch nicht den braunen Sumpf“, sondern: „Das wollen wir für Bremen – Sicher. Sauber. Schuldenfrei“. Siegerists „Truppe“ gibt sich in einem ganzseitig im Anzeigenblatt „Weser-Report“ geschalteten Inserat (Kosten: rund 13 000 Euro) konservativ.

Kein Wort davon, dass der Vorsitzende der Deutschen Konservativen Siegerist unter anderem 1994 eine Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung erhielt, er hatte gegen „Zigeuner“ gehetzt, die „wie Karnickel Kinder produzieren“ und ein „übles, meist kriminelles Pack“ seien. Auch kein Wort davon, dass Ronald Gläser nicht nur „FDP-Mitglied“ ist, sondern vor allem als „Chefreporter“ bei der rechtslastigen „Jungen Freiheit“ schreibt. Verschwiegen werden auch zahlreiche Kontakte von Bernd Rabehl ins angeblich verhasste „braune Lager“, immerhin trat der „frühere Weggefährte von Rudi Dutschke“ zuletzt beim „Pressefest“ der NPD-nahen „Deutschen Stimme“ im August in Dresden auf und referierte über „die NPD, der Faschismusverdacht und die Faschistenjäger“.

Auch Bremen-Retter Heiner Kappel aus Hessen, war nicht nur 16 Jahre FDP-Abgeordneter, wie es im „Weser-Report“ verharmlosend heißt. Nachdem Kappel mit seiner rechtskonservativen Offensive für Deutschland – Die Freiheitlichen wenig Erfolg hatte, führte er bis 2005 die rechtsextreme Deutsche Partei an – und die arbeitet bekanntlich wie unter anderem in Thüringen eng mit NPD und Freien Nationalisten zusammen.

Geld spielt scheinbar für die Deutschen Konservativen keine beziehungsweise keine große Rolle. Obwohl Siegerists eingetragener Verein nur 25 Mitglieder zähle, stecken angeblich „40 000 Förderer aus ganz Deutschland“ dahinter, wie der „Weser-Kurier“ berichtet. Auch für seine „Weser-Kurier“ berichtet. Auch für seine erfolglose Kandidatur zur Wahl des lettischen Präsidentenamtes bombardierte der ehemalige BILD-Journalist seine Anhänger mit Bettelbriefen. Jetzt bewirbt er sein Buch „Leibchen und Strapse“, erschienen im eigenen Verlag „Wirtschafts- und Verbands PR GmbH. Nicht zuletzt outet sich Siegerist bereits vor der Podiumsveranstaltung in Bremen durch die Wahl seiner Rechtsanwältin Gisa Pahl aus Hamburg. Pahl wird wie Jürgen Rieger dem Umfeld des „Deutschen Rechtsbüros“ zugerechnet und verteidigt viele NPD- und Kameradschaftsaktivisten.

Für die Abendveranstaltung von „Bremen muss leben“ finden sich am 6. Oktober dennoch über 300 Interessierte ins noble Hilton-Hotel ein. Auch einige NPD-Anhänger sind darunter. Siegerist zeigt einen Film über die Geschichte Bremens zwischen 1933 und 1955. „Ein Meer aus Hakenkreuzfahnen“ ist zu sehen, berichtet die Lokalzeitung später, „die Bilder laufen gänzlich unkommentiert, den Ton hat Siegerist abstellen lassen“. Die Veranstalter stellen schnell klar, „Hier bestimmen wir, wer redet“ und lässt die acht versammelten Mitstreiter auf dem Podium Parolen schwingen. Besonders gut kommt Ronald Gläser bei den älteren Herrschaften an. Der 32-Jährige mit den Schmissen im Gesicht ist für „markige Worte über Ausländer zuständig“, wie es später in der „taz“ heißt. Ausländerkriminalität, Staatsschulden und innere Sicherheit sind die Themen des Abends. Rabehl beklagt die „wachsende Entnationalisierung“ und rechtfertigt sich für seinen Auftritt bei der NPD mit den Worten: „Ich wollte mir mal diese verbitterte Jugend ansehen“.

Kritik ist nicht gewünscht an diesem Abend im Bremer Hilton. Nur eine Viertelstunde Diskussionszeit räumt Siegerist den Gästen ein und bei unabgestimmten Wortmeldungen lässt er dem Mikrofon auch schon mal den Saft abdrehen. Kritik ist aber ohnehin kaum angesagt. Als es zu einer Testabstimmung kommt, heben „etwa neun Zehntel der Anwesenden“ die Hand für eine Kandidatur bei den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres. Siegerist ist zufrieden. Dann noch schnell das Vaterunser und die Nationalhymne – und DVU und NPD in Bremen „können sich warm anziehen“.

Andrea Röpke

Geschichtsklitterer

Historiker mit Faible für den Hitler-Stellvertreter Heß wird NPD-Mitarbeiter in Dresden.

Ist der Ruf erst ruiniert, dann lebt sich's völlig ungeniert: Olaf Rose hält sich an dieses Motto. Der Historiker aus Bochum driftete in den letzten Jahren ungebremst ins rechtsextreme Lager ab: vom Lokalhistoriker im Ruhrgebiet, der sich noch um bürgerliches Renommee bemühte, zum Straßenwahlkämpfer der NPD und Redner bei Neonaziveranstaltungen. Ab 1. Dezember soll er parlamentarischer Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen werden, wie die Fraktions-Pressestelle der NPD vermeldet.

Rudolf Heß und Heinrich Himmler als Friedenspolitiker, deren Bemühungen vom Kriegstreiber Winston Churchill zunichte gemacht wurden: Zwei Bände des britischen Autors Martin Allen, übersetzt von Rose und veröffentlicht im Druffel Verlag von Gert Sudholt, zeichnen dieses Bild. „Wie der Reichsführer SS den 2. Weltkrieg beenden wollte", verrät der Allen-Band „Das Himmler-Komplott". „Churchills Friedensfalle – Das Geheimnis des Heß-Fluges" versucht ein Buch aus der Feder Allens zu enthüllen. Doch Rose übersetzt nicht nur. Als Herausgeber veröffentlichte er „Erinnerungen und Aufzeichnungen" von Hitlers persönlichem Adjutanten Julius Schaub. Der, NSDAP-Mitglied Nr. 81 und SS-Mitglied Nr. 7, war, so verspricht die Sudholtsche Versandbuchhandlung, „der wohl persönlichste Mitarbeiter und Vertraute Adolf Hitlers". Seine Erinnerungen würden „ein ebenso einfühlsames und menschliches Bild des ‘Chefs’" zeichnen.

Roses Welt: ein menschelnder Hitler, ein Friedensflieger Heß, ein ums Kriegsende bemühter Himmler. Geschichte muss umgeschrieben werden. Und nicht nur einzelne Nazi-Biographien: In diesem Jahr veröffentlichte der Grabert-Verlag zwei Bände mit dem Titel „Der Große Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", herausgegeben von Rose und Rolf Kosiek. Auf 1776 Seiten sollen sie die „Gräuelmärchen, Umerziehungslügen oder einseitigen Geschichtsdarstellungen" der letzten 150 Jahre richtig stellen. Dabei geht es im ersten Band, von „Nation&Europa" als „Meisterleistung" angepriesen, unter anderem um „Britische Deutschlandhetze vor 120 Jahren", um „Polen als Aggressor 1918 – 1938" oder um „Lebensborn e.V. – eine Organisation der Fürsorge", ferner natürlich um Roses Lieblingsthema „Die wahren Ursachen und Hintergründe des Heß-Fluges 1941" oder um die Behauptung „Alliierte begannen Bombenterror". Auch der zweite Band, der etwa 1940 ansetzt, bewegt sich auf diesem Niveau. Schon im Klappentext wird eine „geistige Vernichtung der Deutschen" beklagt.

Aktiv war Rose auch als Referent sowie im Kuratorium des „Akademiekreises", der sich mit Vortragsveranstaltungen in NRW und darüber hinaus bemüht, rechtsextreme Inhalte in einem seriös erscheinenden Rahmen zu verbreiten. Doch nicht nur bei einem „akademischen" Publikum ist er gefragt. Vor allem seine auf „n-tv" gezeigte Heß-„Dokumentation" machte seinen Namen in der NPD und in NPD-nahen Kreisen bekannt. Nach der Beschäftigung mit dem Führer-Stellvertreter entdeckte Rose ein neues Lieblingsthema: Deutsche als Folteropfer von US-Amerikanern. Darüber referiert Rose nicht nur bei NPD-Veranstaltungen oder bei solchen, die von „Freien Kräften" mitorganisiert werden. Auch für Wahlkämpfe taugt das Thema. So berichtete die rheinland-pfälzische NPD über eine „öffentliche Ausstellung" in Kaiserslautern im Februar 2006 im Vorfeld der Landtagswahl, bei der Rose auftrat. „USA – Folter von Nürnberg bis Irak": Das Thema einer Rose-Veranstaltung bei der NPD Döbeln Ende März zeigt die Stoßrichtung. „Den Waffen SS-Leuten wurden 1945 die gleichen Kapuzen übergezogen wie wir sie erstaunt in irakischen Gefängnissen in Benutzung sahen. Alle Prozesse – auch die Nürnberger Prozesse – wurden begleitet von Folterungen und ehrabschneidenden Gräueltaten", verrät ein Zuhörer eines Rose-Vortrags beim NPD-Landesparteitag in Rheinland-Pfalz im Januar. Auch beim „Freiheitlichen Kongress" der Deutschen Stimme im Juni zum Thema „Von Nürnberg bis Bagdad – Völkerrecht statt Siegerwillkür!" trat Rose auf.

Unverfänglicher klang das Thema, mit dem er Anfang September beim „Erlebnis-Wochenende Geschichte" des Druffel & Vowinckel-Verlages im Raum Eisenach annonciert war: „Großbritanniens langer Abschied von der Weltmacht". Beim „Erlebnis-Wochenende" ein Jahr zuvor war Rose mit der „Helmut-Sündermann-Medaille" quasi rechtsextrem „geadelt" worden.

Tomas Sager

Clubfete mit Hitler-Gruß

Braune Kneipe feiert zehnjähriges Bestehen.

Es hatte im Vorfeld allerlei Gerüchte gegeben: so sollten zum 10-jährigen Bestehen des „Club 88“ in Neumünster nicht nur das Wilhelmshavener Liedermacherduo „stolz & frei“, sondern auch „Spreegeschwader“ aus Berlin und „Agitator“ aus Göttingen mit Live-Musik aufwarten. Letztendlich trugen die Veranstalter um Christiane Dolscheid am 30. September aber Koffer voller CDs in die kleine holzverkleidete Gaststätte an der Segeberger Straße im Stadtteil Gadeland. Auf dem schmalen Hinterhof hatten die Neonazis wie in den Jahren zuvor ein Zelt aufgebaut, irgendwo qualmte ein Grill. Vor dem „Club 88“ begrüßte Dolscheid ankommende Kameraden aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Skandinavien, unter ihnen Freie Nationalisten aus Hamburg, Bremen und Thüringen. Seit 1996 existiert die Neonazi-Kneipe, es fanden dort Fußballturniere, Liederabende und so genanntes „Komasaufen“ statt. Unter der Führung von Aktivisten wie Peter Borchert, Tim Bartling und Christiane Dolscheid konnte sich die Szene in der Kleinstadt zwischen Hamburg und Kiel festigen, in der Wrangelstraße betreiben „88“-Gänger eine Kampfsportschule, den „Athletik Klub Ultra“. Es haben sich weitere Treffpunkte gebildet, unter anderem die Kneipe „Titanic“ in der Friedrichstraße gilt als Anlaufpunkt der Neonazis.

Am Sonnabendnachmittag demonstrierten rund 300 Nazigegner in der Innenstadt gegen den „Club 88“ als „national befreite Zone“ in Neumünster. Und tatsächlich traute sich abends kaum jemand in die Nähe der Segeberger Straße. Protest gab es keinen vor Ort. Die Polizei war nur mit sehr wenigen Beamten vertreten. Pressevertretern wurden sofort ein Platzverweis angedroht, Neonazis hatten den Bürgersteig vor dem Club in Beschlag genommen und kamen immer wieder drohend auf sie zu. Mit Kaugummis wurden die Kameralinsen verklebt. Die Polizei wirkte überfordert. Als einer der Glatzköpfe direkt neben einem Beamten provokativ den Arm zum Hitlergruß erhob und ein anderer „Heil Hitler“ direkt aus einem Auto skandierte, zuckte der Uniformierte nur hilflos mit der Schulter, bevor er sich weg drehte.

Andrea Röpke

„Fremdbestimmung“

Neonazis rechnen mit der „Feindpresse“ ab.

Die aktuelle Ausgabe der rechtsextremen Vierteljahresschrift „Volk in Bewegung“ (ViB) trägt den Titel „Vorsicht! Feindpresse!“. Herausgegeben wird ViB vom „Verlags- und Medienhaus Hohenberg“ im schwäbischen Ellwangen. ViB-Schriftleiter und Betreiber des Verlages ist Lars Käppler, vormals Bundesleiter der neonazistischen Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft und zuletzt NPD-Direktkandidat bei der Bundestagswahl 2005. Der Schriftleitung gehören unter anderem noch Roland Wuttke, NPD-Bezirksvorsitzender in Oberbayern, und Gerd Zikeli, einst Kader der Deutschen Freiheitsbewegung von Hitler-Bewunderer Otto-Ernst Remer, an. Den „wissenschaftlichen Beirat“ bilden Margit Gröhsl und Andreas Thierry.

Mit der Darstellung des „Themenkomplexes ‘Feindpresse’“ solle, so Käppler, „ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung innerhalb des nationalen Spektrums geleistet werden, an dessem Ende die Erkenntnis steht, dass die Feindpresse zu ächten und zu boykottieren ist und dass das wirkungsvollste Mittel ... im Aufbau eigener, nationaler Medien liegt.“ Die „griffige Kurzformel“ „Journalisten sind ‘Nachrichtenagenten der Fremdbestimmung’“ müsse sich in das „kollektive Gedächtnis des gesamten nationalen Spektrums einprägen.“ Veröffentlicht sind in ViB ein Dutzend Leitlinien zum Thema „Feindpresse“. Darin heißt es unter anderem: „Die Presse lügt, hetzt und denunziert in ideologischem Übereifer! Ihre Aufgabe ist es, dem Volk die Moral zu rauben und das Rückgrat zu brechen, um es im Geiste des Internationalismus sturmreif zu schießen für Fremdbestimmung und Globalisierung.“ Journalisten stünden „geistig im Lager des Todfeindes“ und könnten als „bewusst ausgewählte geistig-seelisch und körperlich minderwertige Menschen“ gewertet werden. Abschließend wird betont: „Die Wortfolgen ‘Die Presse lügt!’ und ‘Hetz-Journalisten sind die Nachrichtenagenten der Fremdbestimmung!’... spiegeln zugleich die strategische Notwendigkeit wider, den Lügnern und Volksvergiftern das Handwerk dadurch zu legen, dass man von nationaler Seite Waffengleichheit herstellt.“

Anton Maegerle

Vernetzte Strukturen

Aktive Neonaziszene im Nordwesten Niedersachsens.

Etwa 35 Rechtsextremisten konnten am 27. September an einer Gedenkveranstaltung der Stadt Esens für die Bombenopfer von 1943 teilnehmen. Unter ihnen waren 25 Anhänger der rechtsextremen Kameradschaft „AG Wiking", DVU-Mitglieder aus Rastede und fünf Angehörige der NPD in Wilhelmshaven. Obwohl die Vertreter der Stadt Esens in Ostfriesland zuvor gewarnt wurden, ließen sie die Teilnahme zu. „Man habe kein Aufsehen erregen wollen", hieß es gegenüber der lokalen Presse, „das müsse eine Demokratie verkraften können." Wie es weiterhin heißt, habe sich Bürgermeister Klaus Wilbers noch bei den Rechtsextremen bedankt, dass sie sich so ruhig verhalten hätten, „der Sinn der Veranstaltung, vor Gewalt zu warnen, sei auf diese Weise bewahrt geblieben".

Die AG Wiking ist seit etwa einem Jahr aktiv und umfasst die Regionen Wilhelmshaven, Friesland und Wittmund. Im Internet präsentiert sie sich mit der Parole: „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national". Angeführt wird die Kameradschaft nach Insiderangaben von Manuel Wojziak aus Haddien, die Gruppe war auch beim „1. Mai-Aufmarsch" der NPD in Rostock vertreten. Wie die „Freie Jugend Wittmund" und die „Freien Nationalisten Vechta" arbeitet die Wiking an einer Vernetzung neonazistischer Strukturen im Nordwesten Niedersachsens. Aus ihren Reihen stammt auch die Rechtsrock-Band „Agitation Hagal" aus Wittmund. Eine enge Zusammenarbeit soll zum Liedermacher-Duo „stolz und frei", Björn Wilhelmsen und Peter Bartels, bestehen, die bereits in der Szene-Kneipe „Lokalbahn" in Wunsiedel spielten.

Die NPD betreibt in Wilhelmshaven ein eigenes „nationales Haus", das von einem örtlichen Makler zur Verfügung gestellt wurde. Die Partei errang bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 24 Mandate, unter anderem einen Sitz im Rat der Stadt am Jadebusen, das der lokale Vorsitzende Peter Müller übernehmen wird. Gleich nach der Wahl hielt Szene-Anwalt Jürgen Rieger für etwa 50 Anhänger aus der Region Wilhelmshaven, Vechta und Wittmund eine Rechtsschulung ab.

Andrea Röpke

Verfassungsschutz

Drastischer Zuwachs

In Sachsen-Anhalt sind die rechtsextremen Delikte im ersten Halbjahr 2006 angestiegen.

Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat in Sachsen-Anhalt im ersten Halbjahr 2006 drastisch zugenommen. In den ersten sechs Monaten des Jahres haben die Behörden 534 Fälle rechtsextremer Straftaten registriert, teilte Innenminister Holger Hövelmann mit. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2005, als 390 rechtsextreme Straftaten registriert wurden, sei das ein Anstieg von fast 37 Prozent. Zurück gegangen ist nach Angaben Hövelmanns hingegen die Zahl explizit antisemitischer Straftaten. Hier wurden zwischen Januar und Juni 20 Delikte (2005: 29) registriert. Bei 72 Prozent handelte es sich um Propagandadelikte.

An den Schulen wurden im ersten Halbjahr 2006 38 rechtsextreme und antisemitische Straftaten registriert. Dabei ging es überwiegend um Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Im ersten Halbjahr 2005 waren es 28, im gesamten vergangenen Jahr 70 Delikte.

Mit dem massiven Anstieg rechtsextremer Straftaten könnte Sachsen-Anhalt seinen vierten Platz in einem Ranking des rechtsextremen Personenpotenzials unter den Bundesländern verlieren. Nach Daten, die vom sächsischen Verfassungsschutz zusammengestellt worden sind, kommen in Sachsen-Anhalt derzeit 59 Rechtsextremisten auf 100 000 Einwohner. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 47 Rechtsextremisten auf 100 000 Personen. Sachsen gilt nach dieser Erhebung des eigenen Verfassungsschutzes mit 75 Rechtsextremisten auf 100 000 Einwohner als die Nazi-Hochburg unter den Bundesländern.

In absoluten Zahlen gemessen macht sich allerdings die geringe Einwohnerzahl der ostdeutschen Länder bemerkbar. Hier führt Bayern mit 5 820 registrierten Neonazis die Liste der Bundesländer an, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (4 910) und Baden-Württemberg (3 900). Nach der Zahl der Bevölkerung gerechnet führen allerdings die neuen Bundesländer und Berlin die Negativliste des neonazistischen Personenpotenzials deutlich an.

Eberhard Löblich

Prozesse

„Künstlerische Freiheit"

Das Liedgut von angeblich unpolitischen Hip-Hoppern ist gespickt mit antisemitischen und Menschen verachtenden Textpassagen.

Die Musiker von „Dissau Crime", denen musikalisch eher Mittelmäßigkeit nachgesagt wird, haben in der deutschen Hip-Hop-Szene für gewaltige Aufregung gesorgt. Zurzeit stehen sie in Dessau in Sachsen-Anhalt vor der Jugendkammer des Amtsgerichts. Den vier Angeklagten im Alter von 22 und 29 Jahren wird Volksverhetzung vorgeworfen.

Anklagepunkt ist ebenfalls die Verbreitung und der Vertrieb eines verbotenen Werkes. 2003 haben sie eine CD aufgenommen, deren Liedtexte gespickt waren mit nationalsozialistischen Versatzstücken und Stereotypen. In dem Werk „Zyklon D – Frontalangriff" finden sich antisemitische, Schwulen feindliche und Menschen verachtende Textpassagen. Da heißt es zum Beispiel, „Ich schieße mit der Flak auf das ganze Judenpack". Die Dessauer dichteten auch, „Ich habe da noch was. Jedem das Seine! Denke an den Satz, auf dem Weg ins Gas, Gas meiner Stadt. Zyklon Dessau." In Dessau ging unter den Nationalsozialisten zwei Drittel der industriell betriebenen Produktion des in den Konzentrationslagern eingesetzten Nervengases Zyklon B vonstatten. Mit dem Spruch „Jedem das Seine" war das Eingangsportal des Konzentrationslagers Buchenwald versehen. Durchgängig waren auf dem Tonträger Bezugnahmen auf die NS-Zeit, NS-Terminologie und die Erwähnung von Adolf Hitler und Eva Braun zu hören.

Die jungen Männer waren bis dato in der rechten Szene in keiner Weise in Erscheinung getreten. Das gilt bis zum heutigen Tage. Vielmehr tummelten sich einige von ihnen im Umfeld von alternativer Subkultur. Mit dem Gesetz sind sie alle dennoch schon einmal mehr oder weniger in Konflikt geraten. Das zeigen die Auszüge aus dem Strafregister. Darunter waren allerdings nie Taten mit rechtsextremem Hintergrund. Und so bezeichnet sich das Quartett auch in seinen Einlassungen vor dem Amtsgericht als absolut unpolitisch. Man habe provozieren wollen, das sei eben die Erfolg versprechende Masche in der Battle-Rap-Szene, wo es speziell darauf ankommt, im Dialog von Gesang und Gegengesang seinen Gegenüber mit Schock-Phrasen und -Texten zu übertrumpfen.

Bei diesem Wettbewerb (battle) von verbalen Attacken und Kampfansagen gäbe es nun mal keine Grenzen und sie seien daher falsch verstanden worden, merkten die Angeklagten an. Man zähle sich zum Teil des Untergrunds und kokettierte künstlerisch mit Verbotenem, weil man eben „am krassesten" sein wollte. Die vielfach schon 2001 entstandenen Texte möge man daher doch bitte als Satire, als schwarzen Humor betrachten. Kritiker werden auf der Homepage der ostdeutschen Hip-Hopper als „hirnlose Deppen" bezeichnet.

Wie hirnlos sie sich vielleicht selbst mit ihrem Tabubruch verhalten haben, das wird nicht thematisiert. Im März 2005 wurde gegen „Dissau Crime" ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das mündete dann auch in einer Hausdurchsuchung, als die CDs im Internet bei Ebay feilgeboten wurden. Das Album wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien im Sommer 2005 auf den Index gesetzt.

Vor Prozessbeginn hat das Landeskriminalamt von Sachsen-Anhalt die Texte ausgewertet. Wer den Werdegang der Musiker verfolgt hat, kann feststellen, dass „Dissau Crime" auch nach „Zyklon D – Frontalangriff" an Gewalt verherrlichenden Texten festgehalten hat. In Rapper-Kreisen war die Gruppe – inzwischen übrigens angewachsen auf ein 16-köpfiges Projekt – nach der Skandal-Veröffentlichung völlig „unten durch". Es gab eine große Entsolidarisierungserklärung von vielen Künstlern in Dessau und weit darüber hinaus. Auch unter Neonazis ist die Rapper-Band entgegen anderer Vermutungen keineswegs angesagt.

Der Richter hat angedeutet, dass er sich vorstellen könne, das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Drei der Angeklagten sind ohne einen Anwalt erschienen. Der Rechtsbeistand des vierten Musikers bringt die künstlerische Freiheit ins Spiel. Ob die Staatsanwaltschaft sich damit abfinden kann, dass es zu keiner Verurteilung kommt, das wird nach dem nächsten Prozesstag, am 19. Oktober, feststehen.

Horst Freires

Ausland

Das deutsche Österreich

Neonazis begrüßen das Comeback der FPÖ bei der Nationalratswahl.

Ungeachtet aller Zwistigkeiten ist die extreme Rechte in Österreich aus der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 deutlich gestärkt hervorgegangen. So konnte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) erstmals seit dem Jahr 2000 wieder Mandate hinzugewinnen. Die Ex-Regierungspartei erzielte einen Stimmenanteil von 11,04 Prozent und ist mit 21 Mandaten die viertstärkste politische Kraft im Land. Insgesamt gaben knapp eine halbe Million Menschen der rechtspopulistischen FPÖ ihre Stimme. Unter den zahlreichen Gratulanten befand sich am Tag nach der Wahl auch der NPD-Vorsitzende Holger Apfel, der dem Bundesparteiobmann der FPÖ die Glückwünsche der gesamten Fraktion im Sächsischen Landtag überbrachte. Das gute Abschneiden wertete der deutsche Rechtsextremist gar als „deutliches Signal für das Erstarken der nationalen Kräfte in Europa“.

Auch eine weitere Rechtspartei darf zumindest für die Dauer einer Legislaturperiode ebenfalls Abgeordnete in die Bundesversammlung des österreichischen Parlaments entsenden: das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), eine mit der FPÖ rivalisierende Splitterbewegung, die mit 4,11 Prozent der Stimmen die Vier-Prozent-Hürde überwinden konnte und sieben Mandate eroberte. Das BZÖ wurde im April 2005 von einer Gruppe von FPÖ-Funktionären um den Kärntner Landeshauptmann und ehemaligen Vorsitzenden Jörg Haider gegründet, was schließlich zur Spaltung führte. Vorausgegangen waren heftige innerparteiliche Streitigkeiten zwischen Vertretern des liberalen und des deutschnationalen Parteiflügels über die zukünftige ideologische Ausrichtung. Dabei ging es vor allem immer wieder um den EU-Beitritt der Türkei, der von der neuen FPÖ-Führung um Obmann Heinz-Christian Strache, ursprünglich ein Wegefährte Haiders, strikt abgelehnt wird.

Offener denn je schüren die Wahlkampagnen der FPÖ ausländerfeindliche oder homophobe Ressentiments. Plakatierungen und Anzeigen mit Aussagen wie „Deutsch statt ‘nix verstehen’“, „Herr im eigenen Haus bleiben“ oder „Wien darf nicht Istanbul werden“ sprechen eine deutliche Sprache. Als Hauptverantwortlicher für Kommunikation und Kampagnen gilt neben Strache FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl. Um nationalistische Slogans waren auch die Mitglieder des BZÖ in den letzten Wochen nicht verlegen. Nicht nur wolle man den Islam aus Europa verjagen, sondern auch gleich noch das Slowenische aus Kärnten.

Ihre „patriotische“ Haltung zum Thema Einwanderung beschert der FPÖ Sympathien im Lager der außerparlamentarischen extremen Rechten. In einem Kommentar im Stoertebeker-Netzwerk begrüßt der in Linz ansässige Bund Freier Jugend (BFJ) das Comeback der FPÖ und lobt die halbe Millionen Menschen, die mit ihrer Stimme gezeigt hätten, „dass das deutsche Österreich nicht tot zu kriegen ist!“ Die enthaltene Zukunftsvorstellung umriss der Neonazi Andreas Thierry bereits einige Wochen vor der Nationalratswahl im BFJ-Organ „Jugend Echo“, das den Untertitel „Kampfschrift der nationalen Jugend in Österreich“ trägt. Zwar bleibe die FPÖ eine „Systempartei“ und es sei auch nicht davon auszugehen, dass sie sich in nächster Zeit der „nationalen“ Sache verschreibe, jedoch hätten mit Beginn von Straches Obmannschaft viele Kameraden wieder Hoffnung geschöpft: „Die FPÖ könnte sich auf ihre nationalen Wurzeln besinnen und sich zur Fundamentalopposition gegen die Blockparteien des Systems entwickeln.“ Als Modell, so Thierry, könne die vorteilhafte Zusammenarbeit der deutschen NPD mit den freien Kameradschaften dienen.

Der neonazistische BFJ gilt unter Verfassungsschützern als die derzeit gefährlichste rechtsextreme Jugendorganisation in Österreich. Strukturell gehört die Organisation zur einschlägig bekannten Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), einem Nachfolgekonstrukt der SS-Veteranenverbände. Bis Anfang 2003 war der BFJ offiziell unter dem Namen „AFP Jugend“ aufgetreten. Die Mitglieder haben in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass sie trotz ihrer geringen Anzahl im Stande sind, gut besuchte politische Kundgebungen oder andere Veranstaltungen durchzuführen.

Michael Funk

Vormarsch der Rechtsextremen

Die Schwedendemokraten haben auf kommunaler Ebene ihre Wahlergebnisse vervierfacht.

Nur 60 000 Stimmen fehlten der rechtspopulistischen Partei „Schwedendemokraten“ (Sverigedemokraterna) am 17. September zum Sprung über die Vier-Prozent-Hürde und damit zum Einzug in den Reichstag. Die Partei, die bisher landesweit immer unter einem Prozent lag, erzielte bei den Wahlen von Parteienforschern unerwartete 2,9 Prozent.

Bei den Kommunalwahlen, die parallel zu den Reichstagswahlen abgehalten wurden, konnten die Schwedendemokraten ihre Ergebnisse seit der letzten Wahl zum Teil vervierfachen: Statt bisher 49 vertreten künftig 226 Mandatsträger die Partei in den Kommunalparlamenten. Ihr Spitzenergebnis erzielten sie mit 22,3 Prozent (zuvor 8,7%) in Landskrona am Öresund (Provinz Schonen). Herausragende Ergebnisse gab es auch im internationalen Fährhafen Trelleborg (12,6%; zuvor 4,4%), Helsingborg (9,57%), Karlskrona (9,55%), Höör (10,49%) und in Eslöv (12,0%). In über 140 Kommunalversammlungen und drei Bezirksparlamenten sind die Schwedendemokraten vertreten. Damit war die Partei in der Hälfte aller schwedischen Kommunen erfolgreich. In etlichen Gemeinden in Südschweden wurden die Schwedendemokraten drittstärkste Kraft. In Südschweden, insbesondere in der südlichsten Provinz Schonen, waren während der Zeit des Nationalsozialismus dessen Anhänger besonders zahlreich.

Geführt werden die Schwedendemokraten seit Mai 2005 von Jimmie Akesson. Unter seiner Führung hat die 1988 aus der neonazistischen Bewegung „Bewahrt Schweden schwedisch (Bevara Sverige Svenkst) entstandene Partei weiter an einem modernisierten und moderateren Image gefeilt. Die flammende Fackel als Parteisymbol wurde durch ein Buschwindröschen ersetzt und aus dem Parteiprogramm wurden die übelsten rechtsextremen Ausfälle gestrichen. Am Streben nach „ethnischer Gleichheit“ hält man aber im Parteiprogramm weiterhin fest. Mit ihren Stimmen haben die Schwedendemokraten nun Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung. 45,5 Millionen Kronen – gut 5 Millionen Euro.

Anton Maegerle

Rezension

Verbrecherische Handlungen

Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen im Jahr 1939 war der Auftakt zum Vernichtungskrieg.

Einen Vernichtungskrieg führte die deutsche Wehrmacht nicht erstmals in der Sowjetunion nach 1941, sondern bereits zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in Polen. Dafür sprechen eine ganze Reihe von Gewaltakten nach dem Einmarsch: Einwohner wurden in den Straßen erschossen, Handgranaten in bewohnte Häuser geworfen und Ortschaften in Brand gesteckt. Neben Plünderungen und Vergewaltigungen prägten auch Massenerschießungen polnischer Kriegsgefangener und Ausschreitungen gegen die dortigen Juden das Bild. Es wird anhand von zahlreichen Quellen von dem Historiker Jochen Böhler in seinem Buch „Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939“ gezeichnet.

Das aus einer Kölner Dissertation hervorgegangene Werk belegt akribisch, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um ein Massenphänomen handelte. Der Autor erblickt darin eine Vorstufe zu dem späteren Vorgehen in der Sowjetunion, wofür zahlreiche Parallelen sprechen. Zu ihnen gehört auch die bereits 1939 auszumachende Kooperation von SS und Wehrmacht oder der erste verbrecherische Befehl zur Anordnung von Selbstjustiz.

Böhler belässt es aber nicht bei der Auflistung von erschreckenden historischen Fakten, was angesichts des Wissensdefizites in diesem Bereich schon allein anerkennenswert wäre. Er versteckt in einem der umfangreichen Kapitel auch einen interessanten Abschnitt, worin nach den Ursachen für dieses Verhalten gefragt wird. Für den Autor handelt es sich um ein Zusammenspiel von motivierenden und situativen Faktoren, also der abwertenden Einstellung gegenüber den Polen und der besonderen Situation nach dem Einmarsch in das Land. Ohne realen Hintergrund kam Angst vor einem gewalttätigen Widerstand von Zivilisten auf. Sie traf auf eine aufkommende Nervosität der Soldaten, die sich immer mehr in

ihr brutales Vorgehen hineinsteigerten. Beflügelt wurden sie dabei durch das propagandistische Zerrbild von den hinterhältigen Slawen. Böhler legt somit eine differenzierte Erklärung vor, welche sich von monokausalen Deutungen im Sinne Goldhagens wohltuend abhebt. Vielleicht hätte man das Verhältnis von motivierenden und situativen Faktoren noch etwas mehr erörtern können. Bilanzierend betrachtet handelt es sich jedoch um eine anschaulich geschriebene und gut belegte Studie.

Armin Pfahl-Traughber

Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen., Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2006, S. 279, 12,95 EUR

„Nichts gewusst!“

Das Ausmaß und die Formen der Judenverfolgung im Dritten Reich waren breiten Bevölkerungskreisen bekannt – deren Einstellung dazu war aber überwiegend Passivität.

„Davon haben wir nichts gewusst!“ Mit diesem Satz reagierten viele Deutsche nach 1945 auf Berichte über die systematische Massenvernichtung von Juden in den Konzentrationslagern. Doch was hat man tatsächlich gewusst beziehungsweise wissen können? Dieser Frage geht der in London lehrende deutsche Historiker Peter Longerich in seiner neuen Studie nach. Sie trägt als Titel den erwähnten Satz mit dem Untertitel: „Die Deutschen und die Judenverfolgung. 1933-1945“. Der Autor behandelt demnach nicht nicht nur das Wissen der Bevölkerung um den Holocaust, sondern ganz allgemein über die Judenverfolgung in der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

Ähnlich wie in seinen früheren Arbeiten zur Geschichte der SA (1989), Gesamtgeschichte der Judenverfolgung (1998) und den Weg zur Endlösung (2001) beeindruckt auch diese Studie bereits rein formal durch die Fülle von ausgewertetem Material und dem quellenkritischen Umgang mit diesem. Darüber hinaus macht der Autor deutlich, dass eine Erörterung der aufgeworfenen Fragestellung eine Auseinandersetzung mit der antisemitischen Propaganda für die Öffentlichkeit voraussetzt. Entsprechend gliedert sich auch die historisch-chronologisch strukturierte Darstellung: Zunächst geht der Historiker für die jeweiligen Zeitabschnitte auf die öffentliche Agitation ein und danach widmet er sich ausführlich den Reaktionen der Bevölkerung.

Im Ergebnis kommt die Studie zu differenzierten Bewertungen. Zum einen gab es ein breites Wissen über das Ausmaß und die Formen der Judenverfolgung, wenngleich Details und Techniken meist der Geheimhaltung unterlagen. Zum anderen stieß dieses Vorgehen in der Bevölkerung in erheblichem Maße auf Kritik, Skepsis und Verständnislosigkeit, ohne allerdings nur Ansätze einer Gegenbewegung auszulösen. Die vorherrschende Einstellung sei die der Indifferenz und Passivität gewesen, womit man sich jeder Verantwortung durch ostentative Ahnungslosigkeit entziehen wollte. Außerdem habe das NS-Regime durch die Mischung aus Schweigen und Vernichtungsankündigung die Bevölkerung in Mithaftung für die Verbrechen nehmen wollen.

Longerichs Studie beeindruckt durch derartige Analysen und die große Materialfülle, aber auch durch die differenzierte Herangehensweise und abgewogenen Urteile. Gerade bei den Aussagen über die Motivation von Handlungen oder Nicht-Handlungen bleibt man aber mitunter auf Vermutungen angewiesen. So lässt sich auch eine Annahme des Autors kritisch hinterfragen: Die mangelnde Bereitschaft vieler Deutscher zur aktiven Beteiligung an antisemitischen Kampagnen muss nicht notwendigerweise für eine Abwesenheit von judenfeindlichen Ressentiments sprechen. Vielleicht teilte man die Abneigungen, akzeptierte aber nicht das gewalttätige Vorgehen. Hier hätte es vielleicht noch einer näheren Reflexion bedurft. Gleichwohl liefert die Studie einen beachtenswerten Beitrag zu einem bislang nur in Ansätzen erforschten Aspekt der Geschichte von Judenverfolgung und Nationalsozialismus.

Armin Pfahl-Traughbe

Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945., Siedler-Verlag, München, 2006, 448 S., 24,95 EUR

Blick in die Zeitgeschichte

Fluchtweg verriegelt

Am 1. Oktober vor 55 Jahren wurde ein Ausreiseverbot für die deutschen Juden erlassen – von da an ging es nur noch in die Vernichtungslager.

Bei der Verfolgung und Ermordung der deutschen Juden bildet der 1. Oktober 1941 eine tödliche Zäsur. Konnten die Juden bis dahin noch, wenn auch unter schwersten Bedingungen, das Deutsche Reich verlassen, so war dieser Fluchtweg vor 55 Jahren über Nacht versperrt. Überraschend kam dieser Schritt nicht. Er bildete vielmehr das vorletzte Glied in einer Kette von Verordnungen, Gesetzen und Erlassen auf dem Weg zur „Endlösung der Judenfrage“. Schon im September 1919 hieß es von Hitler zum Ziel des Antisemitismus: „Sein letztes Ziel muss aber unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.“

Wenige Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 tobte im Reich der Mob auf den Straßen. Der Boykott jüdischer Geschäfte und Einrichtungen zeigte den etwa 500 000 Juden, dass Hitler Ernst machte mit seiner Politik gegen die Juden. Die Regierung und die Gliederungen der NSDAP wollten sie zur Auswanderung drängen, doch nur einige Tausend erkannten die Zeichen der Zeit und reisten aus. SS-Chef Heinrich Himmler drängte bereits 1934 darauf, den Juden das Leben in Deutschland so schwer wie möglich zu machen. Bis zum „Anschluss“ Österreichs im März 1939 blieb die Auswanderung allerdings ein freiwilliger Schritt. Dann freilich änderte sich vieles. Himmler schickte Adolf Eichmann nach Wien, um Druck auf die Juden zu machen, während im Reich die Zeit der aktiven Austreibung begann. Erste Opfer waren im Frühjahr 1938 die sowjetischen Juden, die in Deutschland Schutz vor der bolschewistischen Regierung gesucht hatten. Im Herbst folgten die polnischen Juden.

Reichsminister Joseph Goebbels wollte Himmler die aktive antijüdische Politik nicht allein überlassen und ließ in der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 die Reichspogromnacht „ausbrechen“. Hitler hatte am Vorabend der Pogromnacht Goebbels zu sich bestellt, um ihm zu erläutern, dass nun konzentriert und organisiert gegen die Juden vorgegangen werden müsse. Drei Tage später, am 12. November 1938, teilte Göring dies während einer Sitzung der hohen NS-Führung mit. „Das hat er (Hitler) mir am 9. November auseinandergesetzt. Es geht nicht mehr anders.“ Schlüsselfigur wurde Göring. Er ließ die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ einrichten und unterstellte sie Reinhard Heydrich mit dem Auftrag, „die Auswanderung der Juden aus Deutschland mit allen Mitteln zu fördern.“ Am 30. Januar 1939 nahm Hitler zur Judenpolitik Stellung. In der berüchtigten Rede vor den Reichstagsabgeordneten kritisierte er jene Staaten, die keine Juden aufnehmen wollten. „Es ist genug Platz auf der Welt für die Ansiedlung.“ Da die Vorbereitungen für den Überfall auf Polen und damit der Krieg längst begonnen hatten, fügte er hinzu, komme es zum Krieg, „dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

In der Wissenschaft ist umstritten, ob Hitler damit schon die Ermordung der Juden meinte. Mit der Eroberung Polens gerieten mehr als zwei Millionen ausländische Juden zusätzlich in den deutschen Machtbereich. Anfang 1940 erklärte Hitler im kleinen Kreis, das im Großraum der polnischen Stadt Lublin geplante „Reservat“ für Juden sei nicht mehr aktuell. Himmler wurde beauftragt, eine Alternative vorzuschlagen. So entstand nach der Kapitulation Frankreichs im Sommer 1940 der „Madagaskar-Plan“. Man wollte die französische Flotte für die Deportationen auf die Insel Madagaskar einsetzen. Der Plan erwies sich aber als undurchführbar. Parallel dazu hatte Hitler den Befehl „Barbarossa“ erteilt, also den Überfall auf die UdSSR. Mit dem anfangs raschen Vormarsch der Wehrmacht in der Sowjetunion gerieten immer mehr Juden unter deutsche Kontrolle. Es musste ein Weg gefunden werden, die „Judenfrage“ endgültig zu „lösen“. Das hieß für die deutschen Juden, dass sie das Land nicht mehr verlassen durften. Am 17. September 1941 genehmigte Hitler die Deportation deutscher Juden. Zwei Wochen später – am 1. Oktober 1941 – folgte das Emigrationsverbot. Das riesige KZ zwischen der französischen Atlantikküste und der deutschen Ostfront war hermetisch dichtgemacht worden. Für Juden zog sich das Netz unaufhaltsam zusammen. Sie durften sich nun nur noch in eine Richtung bewegen: zu den deutschen Vernichtungslagern in Polen. *Heiner Lichtenstein*

Meldungen

Neonazi-Schläger im holländischen Knast

Niederlande (Rotterdam) – Ein Gericht im niederländischen Dordrecht hat den deutschen Neonazi Michael Krick (29) zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt, davon zehn Monate auf Bewährung. Nach einem Neonazi-Gelage am 20. Mai in einer Gaststätte in Papendrecht bei Rotterdam, bei dem Nazilieder gesungen und der Hitler-Gruß gezeigt wurden, hatte Krick gemeinsam mit Gesinnungskameraden einen Schwarzen überfallen und misshandelt. Er wurde mit einer abgebrochenen Bierflasche attackiert und mit Tritten eingedeckt, als er am Boden lag. Eine Gehirnerschütterung, gebrochene Rippen, ausgeschlagene Zähne und eine – vermutlich bleibende – Augenverletzung waren die Folge. Das Gericht sah in Krick den Haupttäter. Zwei weitere Angeklagte wurden zu 24 beziehungsweise 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einer Wohnungsdurchsuchung hatte die Polizei bei Krick und dessen Freundin 43 T-Shirts mit dem Aufdruck „Destroy Zionism" und weitere Shirts mit dem Text „Combat 18" gefunden. In Deutschland ist der 29-Jährige bereits unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung sowie wegen des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen vorbestraft. (ts)

Vom Antifaschisten zum Neonazi

Schweiz (Spiez) – Mario Friso (23), Leiter der im August gegründeten rund 30-köpfigen „Sektion Oberland" der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), hat eine linke Vergangenheit. Friso, der heute in Spiez wohnt, war bis vor fünf Jahren Aktivist des Berner Antifa-Bündnisses „Alle gegen Rechts" (BAgR). Er war auch dabei, als Berns erster „Antifaschistischer Abendspaziergang" organisiert wurde. Jetzt pflegt Friso Kontakte zu bundesdeutschen Neonazis wie beispielsweise dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) um den Thüringer Neonazi Thomas Gerlach. Gerlach war am 17. September als Redner beim PNOS-Parteitag in Wauwil/Luzern zugegen. Friso fand sich auch in der Kundenkartei des rechtsextremen V7-Versandes (Plüschow bei Rostock) von Ingo Knauf. (am)

Parteigelder aufs Firmenkonto

Hof – Der ehemalige Bundesschatzmeister der Republikaner, Reinhold Giegold, ist vom Landgericht Hof wegen Veruntreuung von Parteigeldern zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Zudem muss der 60-Jährige 150 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. In 26 Fällen von Oktober 1998 bis Januar 2002 war dem geständigen Giegold nachgewiesen worden, dass er insgesamt rund 172 000 Euro vom Partei- auf sein Geschäftskonto abgeleitet hat. Dies passierte nach seinen Aussagen aber mit dem Wissen des Republikaner-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer. Aufgedeckt wurde der Untreue-Fall im Kassenprüfungsbericht der Partei im Oktober 2002. Giegold hat inzwischen den Republikanern den Rücken gekehrt. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de